

## Nachrichten

## Attentäter von Burgas kam über Rumänien

Sofia (AFP/nd). Der Selbstmordattentäter am Flughafen von Burgas in Bulgarien ist Medienberichten zufolge offenbar aus dem benachbarten Rumänien in das Land eingereist. Wie der bulgarische TV-Sender bTV unter Berufung auf mit den Ermittlungen vertraute Quellen berichtete, hielt sich der Attentäter »zumindest am 16. Juli«, also 48 Stunden vor dem Attentat auf einen Bus mit israelischen Touristen, in Warna am Schwarzen Meer unweit der Grenze zu Rumänien auf. In einem Hotel habe er »genetische Spuren« hinterlassen. Der Mann soll in Begleitung einer Frau gewesen sein. Die Polizei fahnde nach einer Frau, die sich ebenfalls in dem Hotel aufgehalten habe, berichtete die Zeitung »Trud«. Sie könnte auch in Verbindung mit einem möglichen Komplizen des Täters gestanden haben. Der Zeitung zufolge sprach der Mann fließend Russisch. Laut einem Gerichtsmediziner in Bulgarien könnte der Attentäter »zwischen 25 und 30 Jahre« alt sein – deutlich jünger, als von den Behörden angegeben.

## Camerons ehemaliger Sprecher angeklagt

London (AFP/nd). Im Abhörskandal um das britische Skandalblatt »News of the World« ist der frühere Pressesprecher des britischen Premierministers David Cameron, Andy Coulson, am Dienstag angeklagt worden. Wie die Staatsanwaltschaft in London weiter mitteilte, wurde gegen insgesamt acht Verdächtige im Zusammenhang mit der Affäre Anklage erhoben. Während Coulsons Zeit als Chefredakteur der inzwischen eingestellten Boulevardzeitung sollen Journalisten des Blatts die Telefone zahlreicher Prominenter und Politiker abgehört und Polizisten bestochen haben. Zu den weiteren sieben angeklagten früheren Journalisten der »News of the World« gehört laut Staatsanwaltschaft auch die langjährige Vertraute von Medienzar Rupert Murdoch, Rebekah Brooks.

## Fund von Embryonen beschäftigt Duma

Moskau (dpa/nd). Der Fund von knapp 250 abgetriebenen Babys in Russland beschäftigt nun auch das Parlament in Moskau. Hinter der skandalösen Beseitigung der Föten im Ural steckten vermutlich kriminelle Mediziner, die illegal Abtreibungen vornehmen, sagte die Vorsitzende des Familienausschusses, Jelena Misulina, der Zeitung »Iswestija«. Die sterblichen Überreste stammten den Ermittlungen zufolge aus drei Kliniken, die sie an eine Spezialfirma zum Begräbnis übergeben hatten. Pilzsammler hatten die Plastikfässer mit den Ungeborenen nahe einer Fernstraße entdeckt.

## Rebellen wollen Libyen »säubern«

Für Migranten und Flüchtlinge hat sich die Lage seit dem Sturz Gaddafis nicht gebessert



Messaoud Romdhani ist Sprecher der tunesischen Sektion der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH). Mit einer internationalen Delegation der FIDH besuchte er im Juni eine Woche lang fünf Internierungslager für Migranten in Libyen. Mit Romdhani sprach für »nd« Matthias Heintze.

Foto: nd-Screenshot/YouTube.com

● Herr Romdhani, der Umgang mit afrikanischen Flüchtlingen in Libyen unter Muammar al-Gaddafi galt als besonders brutal. Hat sich die Situation seit Gaddafis Sturz im August vergangenen Jahres verbessert?

Nein. In Libyen werden nach wie vor subsaharische Afrikaner in großer Zahl unter katastrophalen Bedingungen in Lager gesperrt. Es wird dabei nicht zwischen Migranten und Kriegsflüchtlingen oder Asylsuchenden unterschieden.

Wir haben fünf dieser Lager besucht. Im größten, südöstlich von Tripolis, werden 1000 Menschen gefangen gehalten. Sie wurden an Kontrollposten, bei Razzi-

en, von Patrouillen oder an der Grenze aufgegriffen.

● Unter wessen Kommando stehen diese Lager?

Die paramilitärischen Rebellen, die gegen Gaddafi kämpften, haben später die Kontrolle über die Internierungslager übernommen. Einige der Camps wurden auch neu errichtet. Die Kommandeure sagten uns rundheraus, dass sie das Land von den »Illegalen« säubern wollen, weil die eine Gefahr für das Land darstellen.

● Welche Gefahr soll das sein?

Zum einen gelten subsaharische Männer seit der Zeit des Aufstands als Alliierte oder Kämpfer Gaddafis. Zum anderen glauben die Lagerkommandeure, die wir gesprochen haben, dass subsaharische Migranten Krankheiten – vor allem Aids – sowie Drogen und Prostitution ins Land bringen.

● Wie sind die Zustände in den Lagern?

Die hygienischen Bedingungen sind katastrophal, die Lager sind überfüllt. Wir haben Zellen gesehen, in die 60 Menschen gesperrt waren. Der Boden ist restlos bedeckt mit Matratzen, man kann sich darin nicht bewegen. Es herrscht fürchterliche Hitze, die Gefangenen werden krank. Bisweilen müssen sie sich in den Zellen wegen des schlechten Essens übergeben. In manchen Fällen werden Kranke, Kinder, Frauen – darunter Schwangere – mit in diese Zellen gesperrt. Aus Berichten



Flüchtlinge in einem Lager in Bengasi

Foto: AFP/Mohammed Abed

wissen wir von Folter und Misshandlungen.

● Haben Sie Belege dafür gefunden?

Wir haben bei unseren Besuchen bei einem Teil der Gefangenen Striemen und Wunden an Rücken, Armen und Beinen gesehen. Aber wir können nicht sagen, woher diese Verletzungen stammen.

● Was geschieht mit den Internierten?

Manchmal kommen die Botschafter und nehmen sie mit. Andere werden in Charterflügen abgeschoben. Wenn die Herkunftsländer nicht mit Libyen kooperieren wie etwa Somalia dann werden die Leute an der südlichen Grenze Libyens in der Sahara ausgesetzt.

● Dürfen einige auch als Arbeitskräfte im Land bleiben?

In der Praxis geschieht dies, die politische Linie ist aber eine andere. Die Kommandeure sagten uns: »Wir schicken die Afrikaner zurück und holen dafür Inder, Bengalen und Pakistaner zum Arbeiten.«

● Die EU hat – teils vermittelt durch Italien, teils direkt – in Sachen Migrationskontrolle eng mit Gaddafi kooperiert. Wie verhalten sich die neuen Machthaber in dieser Frage?

Die Rebellen wollen außenpolitisch dieselbe Rolle spielen wie seinerzeit Gaddafi. Sie wollen mit der EU kooperieren, um die Migranten aufzuhalten – und sich dafür ebenso bezahlen lassen wie Gaddafi. Umgekehrt wollen sie aber auch aus Eigennutz Hilfe für die Grenzkontrollen. Die Paramilitärs sagten uns ganz offen, dass sie die Italiener mit den Insassen der Lager erpressen werden: Wenn sie ihnen nicht helfen, den Zustrom an Migranten zu stoppen, schicken sie sie alle nach Europa – genau so, wie es Gaddafi am Ende seine Herrschaft getan hat.

## Obamas Herausforderer sucht das Weite

Romney hofft bei Auslandsreise auf bessere Schlagzeilen

Von Reiner Oschmann

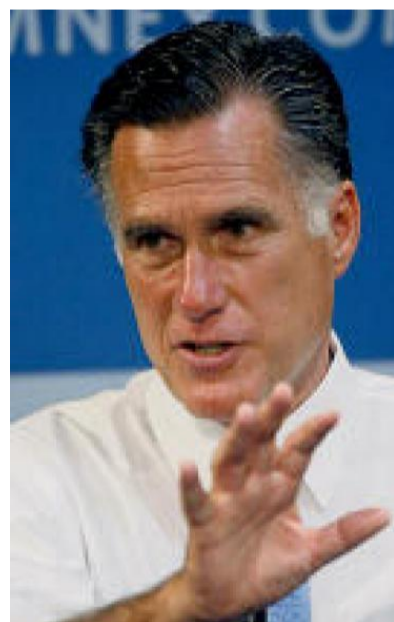
Spitzenpolitiker in Bedrängnis suchen ihr Heil gern in der Flucht, als Staatsmänner auf Auslandsreisen. Dass Politiker den Wähler fliehen, noch ehe sie ihr Spitzenamt erreicht haben, kommt weniger oft vor – und ist allein deshalb Anzeichen von Verunsicherung. Zu besichtigen beim Herausforderer von US-Präsident Obama, dem Republikaner Mitt Romney.

Dem früheren Gouverneur von Massachusetts, Multimillionär mit einem geschätzten Privatvermögen von 250 Millionen Dollar, ist die Nominierung als Präsidentschaftskandidat auf dem Parteitag Ende August sicher. Doch im Wahlkampf bleibt er trotz bescheidener Bilanz von Amtsinhaber Barack Obama und trotz

wachsender Spendenmillionen bisher blass. Zwar nahm Romney im Mai und Juni mehr Spendengelder als der Präsident ein, zwar leidet Obama unter schwachen Wirtschafts- und ebenso hartnäckig hohen Arbeitslosenzahlen, doch beides bringt den Republikaner nicht von der Stelle.

Umfragen sehen ihn knapp, aber beständig hinter Obama. In den entscheidenden Bundesstaaten ohne klare Parteipräferenz macht Romney keinen Boden gut. In den eigenen Reihen wächst die Unruhe über die hölzerne Kommunikation ihres Kandidaten im Kontakt mit den Wählern. Dazu kommt eine Doppelfalle, die ihn seit Monaten bindet: Romney lehnt es ab, seine Steuererklärungen zu veröffentlichen, die weiter als zwei Jahre zurückreichen. Das ist rechtens, verstärkt jedoch den Verdacht, dass der einstige Chef von Bain Capital, einem Finanzspekulationsunternehmen, das Firmen heuert und feuert und Gewinnspannen bis zu 900 Prozent erzielt, entweder verschleiern will, wie wenig Steuern er abführte, oder aber überhaupt etwas zu verbergen hat.

In dieser Lage sucht Romneys Team bessere Schlagzeilen. Es hofft sie nun mit seiner ersten Auslandsreise als Anwärter aufs Weiße Haus zu finden. Nach einer Rede zur Außenpolitik am Dienstag in Reno (Nevada) stand eine Tour nach Großbritannien, Israel und Polen auf seinem Programm. In London sind Treffen mit Regierungschef David Cameron und Oppositionsführer Ed Miliband geplant. In Israel, wo er Premier Benjamin Netanjahu spricht, hofft Romney Punkte bei jüdischen Wählern und militant Evangelikalen in den USA zu sammeln und nebenbei Obama zu kritisieren, der in seiner Amtszeit Israel nicht besucht hat. Mit Terminen in Warschau und Gdansk (bei Lech



Romney wirbt um Kleinunternehmer in Kalifornien. Foto: AFP/McNew

Walesa) will der Republikaner die katholische Wählerschaft für sich erwärmen. Polenstämmige Katholiken sind in den unsicheren Staaten Pennsylvania und Michigan stark vertreten, und Romney weiß, dass jeder, der die Mehrheit der Katholiken in den USA holte, am Ende auch Präsident wurde.

Bei einem Wahlsieg will Romney Kürzungen des Militäretats rückgängig machen und »die Fähigkeit der USA erhalten, auch künftig zwei Kriege gleichzeitig zu führen«. Mit China will er sich notfalls »anlegen«, Russland hat er »den größten geopolitischen Feind Amerikas« genannt, nur zu Afghanistan sagte er bisher auch vor seiner Reise nichts. Hier liegt eine der wenigen Meinungsverschiedenheiten zu Amtsinhaber Obama in Sicherheitsfragen: Selbst heute, da sich die öffentliche Meinung in den USA gegen die Kriegsführung am Hindukusch gewendet hat, lehnt es der potenzielle Präsident ab, sich auf einen amerikanischen Truppenrückzug 2014 festzulegen.

## Simbabwe hat neue Verfassung – im Entwurf

Machtkampf noch nicht beendet

Von Hans-Georg Schleicher

Ein parlamentarischer Ausschuss hat jetzt den Entwurf einer neuen Verfassung für Simbabwe vorgelegt. Kann er zur Entspannung im Kampf um die politische Macht beitragen?



Gegenspieler: Mugabe und Tsvangirai Foto: dpa/Ufumeli

Seit 2009 existiert die zerbrechliche Regierung der nationalen Einheit aus der Afrikanischen Nationalunion Simbawes (ZANU-PF) des Präsidenten Robert Mugabe, der vormals oppositionellen Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) von Premierminister Morgan Tsvangirai und einer MDC-Splittergruppe. Ihr Auftrag besteht darin, den Staat zu reformieren – zuerst durch eine neue Verfassung als Voraussetzung für freie Wahlen.

Der nun vorgelegte Entwurf beschneidet die Vollmachten des Präsidenten erheblich und beschränkt seine Amtszeit auf zwei Wahlperioden. Die Auflösung des Parlaments, die Verkündung des Notstands und eine Kriegserklärung bedürfen künftig der Zustimmung des Parlaments. Meinungs- und Pressefreiheit werden bekräftigt, die Rolle der Provinzen gestärkt. Der Präsident darf jedoch weiterhin wichtige Positionen im Staat besetzen.

Der Verfassungsentwurf soll nach Prüfung durch Mugabe und Tsvangirai womöglich noch 2012 in einem Referendum bestätigt werden. Wahlen wird es jedoch nicht vor 2013 geben. Mugabe hatte auf schnelle Wahlen gedrängt, wohl auch des eigenen Gesundheitszustands wegen. Mehrfach hatten Medien vorschnell sein bevorstehendes Ableben verkündet. Gegenspieler Tsvangirai wiederum sieht die freie, ungehinderte Betätigung aller politischen Kräfte noch nicht gewährleistet und hofft, dass sich die ZANU-PF mehr und mehr politisch verschleißt. Auch die Nachbarstaaten, die den Reformprozess in Simbabwe ange-

stoßen und begleitet haben, bestehen auf einer neuen Verfassung und Wahlgesetzänderungen.

Tatsächlich hat die Regierung der nationalen Einheit, die eher schlecht als recht funktioniert, die Übergriffe von Sicherheitskräften noch nicht beenden können. Nach wie vor streiten Mugabe und Tsvangirai um die Vorherrschaft, wodurch politische Reformen erschwert werden. Besser ist die ökonomische Bilanz. Die Wirtschaft, einst im freien Fall, erholt sich allmählich. 2012 wird vor allem durch Bergbau und Landwirtschaft ein Wachstum von 9 Prozent erwartet. Die Inflation wurde deutlich reduziert, die Versorgung verbessert. Zahlreiche Autos in den Straßen Harares täuschen aber nicht darüber hinweg, dass die sozialen Probleme gewaltig sind. Es fehlt an Investitionen, die Arbeitslosigkeit ist extrem. Die EU hat zwar eine weitere Lockerung der Sanktionen angekündigt, vor allem bei der Entwicklungshilfe, doch wird die erst nach 2014 wirksam. 2011 gab es bereits Erleichterungen für bestimmte Unternehmen und ausgewählte Personen – mit Ausnahme Mugabes und seines Führungszirkels.

Als Test dafür, ob die politische Gewalt eingeschränkt werden kann, gelten bevorstehende Nachwahlen in 38 Wahlbezirken. Sie könnten aber auch anzeigen, ob und inwieweit die beiden großen Parteien für ihre wenig konstruktive Politik bestraft werden.

ANZEIGE

TEIL HABEN SEIN

1.-5. August 2012, Mainz

DIE ATTAC-SOMMERAKADEMIE 2012

Eine ganz andere Krisenpolitik, mehr Demokratie und weniger Spaltung der Bevölkerung. Diese Forderungen sind einige der Fixpunkte in der aktuellen Protestdynamik. Und damit möchten wir auch mit unseren diesjährigen Sommerakademie diskutieren: Wie möchten möglichst viele Menschen mitmachen? Teil der Bewegung zu sein und sich gemeinsam für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für alle stark zu machen. Ein Laug der Themenblöcke Finanzkrise, Umwelt, Reichtum und Verteilung, Demokratie entzweit, Kriegsverbrechen und Politisches Handwerkzeug werden wir wöchentlich Meetings, Podium, Forum und Workshops strecken.

Wir freuen uns auf Euch!

www.attac.de/sommerakademie